

A. Gesetzesinfos

1. EU-Datenschutzgrundverordnung verabschiedet.

Voraussichtlich Anfang 2018 wird die inhaltlich nun verabschiedete EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft treten. Das Trilog-Verfahren (Rat, Kommission, Parlament) ist abgeschlossen, nun müssen die Gremien noch formal zustimmen. Eine erste FAQ findet sich hier:

<http://www.bvdw.org/medien/eu-kommission-veroeffentlicht-erstes-factsheet-zur-datenschutzgrundverordnung?media=7301> der Text hier: <http://statewatch.org/news/2015/dec/eu-council-dp-reg-draft-final-compromise-15039-15.pdf>.



2. Gemeinsame Stellungnahme zum Safe Harbor-Urteil

Drei der großen deutschen Datenschutzverbände haben ein sehr lesbares Papier verfasst, um die Problematik des nicht mehr zulässigen Datentransfers von personenbezogenen Daten in die U.S.A. auszuleuchten (<http://www.gesundheitsdatenschutz.org/lib/exe/fetch.php/Safe-Harbor.pdf>).

3. Verbandsklagerecht von Verbänden bei Datenmissbrauch

Der Bundestag hat am 17.12.2015 das Verbandsklagerecht bei Datenmissbrauch auf den Weg gebracht. Diese verbraucherschützende Vorschrift soll Verbraucherverbände und Wirtschafts- sowie Wettbewerbskammern zukünftig das Recht eröffnen, gegen Datenschutzverstöße von Firmen zu klagen oder diese abzumahnern. Damit stehen Datenschutzbelange auch in Krankenhäusern sowie medizinischen und sozialen Einrichtungen im besonderen Focus.

4. E-Health-Gesetz verabschiedet

Der Bundestag hat am 03.12.2015 das umstrittene E-Health-Gesetz verabschiedet und damit die Grundlagen für eine elektronische Speicherung und den Austausch von Patientendaten gelegt. Kernpunkt ist dabei die elektronische Gesundheitskarte (<http://www.bmg.bund.de/ministerium/meldungen/2015/e-health.html>).

5. Vorratsdatenspeicherung

Am 10.12.2015 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Einführung einer Speicherfrist und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten ([http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl115s2218.pdf%3E#__bgbl__%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl115s2218.pdf%27\]__1450711991716](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl115s2218.pdf%3E#__bgbl__%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl115s2218.pdf%27]__1450711991716)).

6. Bundesrat lehnt WLAN-Gesetz ab

Der Bundesrat hat das WLAN-Gesetz abgelehnt (http://www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/2015/Plenarprotokoll-938.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

7. Regelung zur Strebebegleitung verabschiedet

Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 06.11.2015 dem Entwurf einer Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung zugestimmt und die Beihilfe zur Selbsttötung

([http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2177.pdf#_bgbl__%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl115s2177.pdf%27\]__1450857091752](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2177.pdf#_bgbl__%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl115s2177.pdf%27]__1450857091752)) straffrei gestellt.

8. Transplantationsregister

Das Bundesgesundheitsministerium hat einen Referentenentwurf zur Errichtung eines bundeseinheitlichen Transplantationsregisters bekannt gemacht

(<http://www.bmg.bund.de/presse/pressemitteilungen/2014-04/einheitliches-transplantationsregister.html>).

9. Hospiz- und Palliativgesetz in Kraft getreten

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

[http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2114.pdf#_bgbl__%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl115s2114.pdf%27\]__1450856971063](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2114.pdf#_bgbl__%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl115s2114.pdf%27]__1450856971063)) gebilligt.

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Keine Werbezusätze in einer automatischen Email-Bestätigung

Der BGH hat mit Urteil vom 16.12.2015 (Az.: VI ZR 134/15) die Unzulässigkeit von Werbezusätzen in automatischen Email-Bestätigungen unterstrichen. Wird eine Kündigungsbestätigung beispielsweise automatisiert aber mit einer ergänzenden Werbebotschaft versandt, dann ist dies nur zulässig, wenn der Verbraucher zuvor ausdrücklich eingewilligt hat. Also: Vorsicht mit Email-Werbung!

2. Zustimmungserfordernis zu ärztlichem Heileingriff bei Minderjährigen

Das OLG Hamm hat mit Urteil vom 29.09.2015 (Az.: 26 U 1/15) die grundsätzliche Zustimmung eines sorgeberechtigten Elternteils eines minderjährigen Kindes als ausreichend angesehen (https://www.justiz.nrw.de/nrwe/olgs/hamm/j2015/26_U_1_15_Urteil_20150929.html).

3. Digitale Rezepte an Apotheken zulässig

Das LG Dessau-Roßlau hat mit Urteil vom 25.09.2015 (Az.: 3 O 22/15) die Zulässigkeit der digitalen Weiterleitung von Rezepten an Apotheken festgestellt, wenn dies mit Einwilligung der betroffenen Patienten passiert.

4. Kritische Äußerungen auf Arzt-Bewertungsportal

Das AG München hat sich in seinem Beschluss vom 11.08.2015 (Az.: 161 C 7001/15) die Grenzziehung zwischen zulässiger persönlicher Meinungsäußerung einer Patientin auf einem Arzt-Bewertungsportal und unzutreffender und damit unzulässiger Tatsachenbehauptung versucht.

C. Sonstiges

1. Einzelleistungsnachweise für Maßnahmen der Grundpflege

In der sogenannten „zweiten Kasseler Erklärung“ werden die rechtlichen Risiken weiter eingekreist, die im Falle unterbliebener Dokumentationen entstehen (https://www.einstep.de/fileadmin/content/documents/Kasseler_Erklaerung_2_Nov_2015_fin.pdf). 2014 waren in der „ersten Kasseler Erklärung“ Eckpunkte manifestiert worden, die eine Entbürokratisierung der Pflegedokumentation auf eine saubere rechtliche Grundlage stellte

(https://www.bibliomedmanager.de/fachartikel-pkr/-/content/detail/4431539?p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2).

2. TrueCrypt 7.1a ist sicher!

Das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT) hat die Verschlüsselungssoftware TrueCrypt geprüft und für sicher befunden (https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Studien/Truecrypt/Truecrypt.pdf;jsessionid=B55BBD1974F1F2C5399A39FB19F07700.2_cid294?__blob=publicationFile&v=3). Im Juni 2014 hatten die Entwickler bekannt gegeben das Projekt nicht weiter zu entwickeln und Hinweise auf mögliche Sicherheitslücken gegeben.

3. Skript IT-Recht (und Internet-Recht)

Das jährlich neu aktualisierte Skript „IT-Recht“ des Münsteraner Professors Thomas Hoeren steht wieder neu zum Download bereit (http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/materialien/Skript/Skript-IT-Recht_Oktober_2015.pdf). Das Skript „Internet-Recht“ wurde im April zuletzt aktualisiert (http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/materialien/Skript/Skript_Internetrecht_April_2015.pdf).

4. Standard-Datenschutzmodell

In einer EntschlieÙung der 90. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben diese sich auf das Handbuch zum Standard-Datenschutzmodell verständigt und abgesprochen, dass dieses zukünftig Grundlage in der Kontroll- und Beratungspraxis sein soll (<https://www.datenschutzzentrum.de/uploads/sdm/SDM-Handbuch.pdf>).

5. Praxisseiten Pflege

Das Bundesgesundheitsministerium hat auf seiner Webseite die „Praxisseiten Pflege“ mit aktuellen Informationen und neuen Regelungen im Pflegerecht zur Verfügung gestellt (http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Sonstiges/Praxisseiten_Pflege/BMG_Ordner_gesamt_Screen.pdf).

6. Broschüre zu Konflikten und Gewalt in der Pflege

Das Sozialministerium in Brandenburg hat eine 52-seitige Broschüre auf ihre Webseite gestellt, die Formen von Gewalt und Gewaltentstehung thematisiert und Lösungswege aufzeigt (http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/PiN%20-%20Konflikte%20und%20Gewalt%20in%20der%20Pflege%20C3%A4lterer%20Menschen.pdf).

7. Muster IT-Sicherheitskonzepte der Evangelischen Kirche

Der Datenschutzbeauftragte der EKD hat Muster-Sicherheitskonzepte vorgestellt (<https://datenschutz.ekd.de/infothek-items/rat-der-ekd-erlaesst-it-sicherheitsverordnung/>).

8. Einführung in das Datenschutzrecht der katholischen Kirche

Ende Oktober wurde eine aktualisierte Erstinformation zum Datenschutzrecht für Mitarbeiter in katholischen Einrichtungen veröffentlicht (http://www.datenschutz-kirche.de/sites/default/files/file/download/themen/AH_100-Einf%C3%BChrung_Datenschutzrecht.pdf).

9. Der Digitalisierungsgrad der Deutschen

Im „D21-Digital-Index 2015 - Die Gesellschaft in der digitalen Transformation“ wird der Digitalisierungsgrad der Deutschen seit 2013 regelmäßig erfasst (http://www.initiaved21.de/wp-content/uploads/2015/10/D21_Digital-Index2015_WEB.pdf).

10. „Umschlagverfahren“ an MDK nicht mehr zulässig

Im 25. Tätigkeitsbericht der Bundesdatenschutzbeauftragten (S. 201 Punkt 13.8 „Good Will“ des Datenschutzes führte zu Fehlentwicklungen beim sog. Umschlagsverfahren) wird festgestellt, dass sich das sogenannte „Umschlagverfahren“ – die Übersendung von Unterlagen an den MDK in einem verschlossenen Umschlag an die Krankenkasse mit Bitte um Weiterleitung – nicht bewährt hat. Krankenkassen haben in der Vergangenheit immer wieder Einblick in diese Unterlagen genommen. Daher ist Post direkt an den MDK zu adressieren!
(http://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Taetigkeitsberichte/TB_BfDI/25TB_13_14.pdf?__blob=publicationFile&v=10)

11. Leifaden „Datenschutzeinstellungen für Windows 10“

Wer nach datenschutzfreundlichen Einstellungen für Windows 10 sucht, der wird hier fündig:
http://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2015/11/2015_okt-leitfaden-win-10.pdf

12. Orientierungshilfe Smart TV

Die deutschen Aufsichtsbehörden haben eine Orientierungshilfe veröffentlicht, wie Smart TVs datenschutzkonform eingesetzt werden sollen. Dies war notwendig geworden, nachdem bekannt wurde, dass Geräte zum Teil Gespräche von Fernsehzuschauern aufzeichnen
(<https://www.datenschutz-mv.de/presse/2015/pm-SmartTV.pdf>).

13. Datenschutzhinweise auf der eigenen Webseite

Das BMJV (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) hat ein einseitige Muster mit Erläuterungen veröffentlicht, aus dem sich die relevanten Inhalte für eine Datenschutzerklärung (http://www.bmju.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/11192915_Vorstellung_OnePager.html) schnell erfassen lassen.

14. Google

Wollen Sie wissen, was Google alles über Sie gespeichert hat? Staunen Sie hier:
<https://www.google.com/settings/takeout>

D. Filmtipp

Democracy – im Rausch der Daten

Am 12. November war Premiere der Doku „Democracy – im Rausch der Daten“. Der Regisseur David Benett begleitet Jan Philipp Albrecht (Grünen-Abgeordneter) und Viviane Reding (EU-Justizkommissarin) auf ihrem Weg zu einer EU-Datenschutz-Grundverordnung – spannend.

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.